



An die Ministerpräsidentin des Saarlandes  
Frau **Annegret Kramp-Karrenbauer**

Am Ludwigsplatz 14  
66117 Saarbrücken

**Sachstand: „Umsetzung des Beschlusses des „Runden Tisches Heimerziehung“ bezüglich der Einrichtung einer niedrigschwelligen Anlauf- und Beratungsstelle im Saarland**

Sehr geehrte Frau Ministerpräsidentin **Annegret Kramp-Karrenbauer**,

Der Deutsche Bundestag hat am 06.07.2011 im Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend den Antrag mit der laufenden Nummer 17/6143 beschlossen, dass „die Bundesregierung in Abstimmung mit den Bundesländern und den Kirchen zeitnah Regelungen zur Entschädigung gemäß der Empfehlungen des Runden Tisches „Heimerziehung in den 50er und 60er Jahren“ ausarbeiten und dem Bundestag vorlegen. Neben der Entschädigung, die nicht auf Renten und andere Sozialleistungen angerechnet werden soll, fordern die vier Fraktionen eine bessere Prävention vor weiteren Misshandlungen und die Einrichtung regionaler Anlauf- und Beratungsstellen.“<sup>i</sup>

Bereits im Jahr 2009 wurden von Frau Prof. Dr. Silke Gahleitner in ihrer Expertise „Was hilft ehemaligen Heimkindern bei der Bewältigung ihrer komplexen Traumatisierung?“ konkrete Vorschläge zur Realisierung aufgezeigt. Im Punkt „3 Vorschläge zur Psychosozialen Versorgung ehemaliger Heimkinder aus den 40er – bis 70er-Jahren“<sup>ii</sup> weist sie u.a. auf die Notwendigkeit der Einrichtung regionaler Anlauf-, Informations- und Beratungsstellen hin.

Auch der „Runde Tisch HEIMERZIEHUNG in den 50er und 60er Jahren“ führt diese Forderung in seinem Abschlussbericht vom Dezember 2010 entsprechend aus. Hier heißt es in Punkt VI. Übergangsregelungen wie folgt: „Bis über die Vorschläge des Runden Tisches beraten und entschieden sein wird, wird einige Zeit vergehen.“



